Politische Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **37 (1947)**

Heft 28

PDF erstellt am: **16.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

POLITISCHE RUNDSCHAU

Grosser Abstimmungstag

-an- *Eine Million und rund hundertdreissigtausend Stimmende,* eine Zahl, die wohl kaum je an einer hochpolitischen Entscheidung teilgenommen, ging am 5. und 6. Juli an die Urne. Davon sprachen sich rund *896 000 für die AHV und 235 000 dagegen* aus. Die Wirtschaftsartikel brachten es nicht ganz auf die gleiche Zahl, es waren 20 000 weniger. Die Ergebnisse lagen auch nicht so weit auseinander: *582 000 Ja standen gegen 520 000 Nein,* und unter den Ständen verwarfen ihrer neun, darunter das von Herrn Duttweiler besonders bearbeitete *Zürich,* daneben aber die Innerschweiz, d. h. *Schwyz, Zug,* die beiden *Ob- und Nidwalden, Glarus,* dann auch *St. Gallen, Appenzell,* der *Aargau* und die *Waadt,* nicht aber Uri, allwo die Eisenbahner ihr Gewicht haben. Ein einziger Halbkanton, *Obwalden, verwarf auch die AHV.* Die lokalen Gründe für diese Stellungnahme mögen die besonders bewanderten Politiker ergründen.

So viel wir wissen, hat noch nie eine Vorlage ein derart glänzendes Mehr auf sich vereinigt wie die AHV, wenn man bedenkt, mit welchen Argumenten die Gegner in der letzten Woche da und dort aufmarschierten. Ein Bekannter, der vom Lande hereinkam, erzählte uns, ein mittlerer Bauer, der seine Sorgen hat, sei gegen die AHV gewesen, weil man ihm gesagt, er würde für seinen achtzigjährigen Vater und die fast gleichalte Mutter im Jahre ganze 10 Fr., 5 Fr. für jedes, bekommen, und was er dafür steuern müsse, mache das Vielfache dieses Betrages aus. Dabei sollen die beiden Betagten dem Manne ganz gewöhnliche Ernährungssorgen bereiten — man müsse ihnen den Küchenschrank sperren, sagte er. Eine sachliche Aufklärung hat ihn vielleicht bekehrt, wer weiss! Immerhin sind all die scheinheiligen oder gar tatsachenfälschenden Argumente der gegnerischen Scharfmacher nicht ganz verpufft. Man muss nur die *Zahlen in der Westschweiz und im Tessin gut studieren:* Dank «Komitee» und Liberalkonservativen stehen die Ja zu den Nein in der Waadt wie 2 zu 1, in Genf aber wie 8 zu 1, in Neuenburg fast 9 zu 1, im Wallis fast 3 zu 1. Im Tessin aber, wo man die gegnerische Arbeit fast nicht zu spüren hatte, ist nur jeder 15. Mann Gegner gewesen. Gross hat sich Bern geschlagen: Immer 5 Ja gegen ein Nein.

Bern hat recht eigentlich auch die Wirtschaftsartikel retten helfen. Mit *111 000 Ja gegen 69 000 Nein* lieferte es vor allem mit Solothurn, dem Thurgau, dem Tessin und Graubünden jene Ja-Ueberschüsse, welche die Waage zugunsten der Annahme senkten. Ausser in Zürich, St. Gallen und Appenzell I.-Rh. sind übrigens die Neinsager nicht viel über die Jasager hinausgekommen. Freuen wir uns vor allem über Bern, in welchem *die Tradition der «Arbeitsgemeinschaft» der vier grossen Parteien auch heute ihre besten Früchte trägt.* Und freuen wir uns über den klar sichtbaren Kurs unseres demokratischen Staatsschiffes.

Es ist *möglich, dass in nächster Zeit aussenpolitische Probleme auftauchen, die vermehrte Einigkeit im Volke verlangen.* Denken wir an das Dilemma, ob wir uns *an einer Pariser Konferenz ohne die Russen* beteiligen sollen oder ob bereits wieder die traditionelle Neutralität unser Fernbleiben verlangt. Herr *Bundesrat Petitpierre* wird in seiner ruhigen Ueberlegtheit zweifellos die sachgemässe Entscheidung treffen. Aber das Volk muss er hinter sich haben, einhellig und entschlossen. Wenn unser Fernbleiben so ausgelegt würde, als ob wir gewissermassen die russischen Sprengversuche mitmachten, oder wenn unsere Teilnahme die Russen zu Angriffen gegen uns veranlassen würde, dürfte unter den Parteien nur *eine* Meinung sein: Dass wir traditionelle Verpflichtungen einzuhalten haben, die über alles gehen, Urteil der Weltmächte hin oder her.

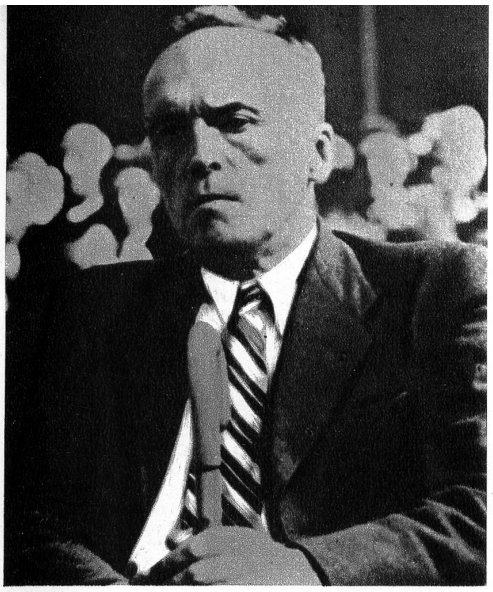
Russland sabotiert und droht

Dass Moskau mit allen Mitteln versucht, die amerikanischen Geschäfte mit Europa zu stören — denn um Geschäfte geht es — wusste man längst. Dass aber Molotow an der Pariser Konferenz bis zu einem Bruche gehen werde, das hatte man nicht erwartet. Als der französische Aussenminister *Bidault «das letzte Wort des Westens»* aussprach, als er die englische Formel eines von den drei europäischen Grossmächten zu entwerfenden Organisationsprojektes für die europäische Wirtschaft durch den Satz abmilderte, *dieses Projekt dürfe die Souveränität der kleinen Staaten nicht beeinträchtigen,* dachte man, nun werde der Kreml einhaken. Und wäre es auch nur, um weiterhin im Konzert mitzuspielen, wie bisher mit disharmonischen Tönen natürlich, aber immerhin zu spielen. Es musste ja der Taktik, die bisher angewandt worden, entsprechen, dass er blieb. Wenn er Nein sagte und ging, schaltete er sich selber aus, gab die schwere Handbremse frei, die er bisher von Konferenz zu Konferenz gehandhabt. Was hat sich geändert, dass man in Moskau sich entschlossen zu haben scheint, auf die Obstruktion zu verzichten, sich von *dieser* Konferenz fernzuhalten und zu riskieren, dass nun die Westmächte mit den Kleinen ungestört vorwärts machen, um westlich des «eisernen Vorhanges» rasch zu Resultaten zu gelangen, die man bisher zu verhindern versuchte?

Die Engländer scheinen nicht davon überzeugt zu sein, dass Stalin sich endgültig zurückgezogen habe. Sie nehmen an, es handle sich um ein taktisches Manöver, dem weitere folgen würden. Ein erstes wird schon avisiert: *Der «Molotow-Plan». Also ein Gegenstück zum Truman-Marshall-Plan.* Es ist nur folgerichtig, dass Moskau mit einer Gegenaktion antwortet. Vor allem auch, weil *Herr Molotow behauptet hat, Europa erhole sich in durchaus normalem Tempo,* und weil er meint, die Amerikaner hätten überhaupt nur einige Zuschüsse an Lebensmitteln und Maschinen zu liefern, nicht aber sich den Kontinent durch Milliardenvorschüsse dienstbar zu machen und aus seiner Dollarhilfe ein gewaltiges Zinsengeschäft für lange Jahrzehnte grosszuziehen.

Vielleicht haben wir in diesen Auffassungen des Russen jenen Kern seiner Anschauungen zu suchen, der wirklich «ernst genommen» werden müsste. Warenlieferungen oder Dollarvorschüsse zur Bezahlung dieser Lieferungen, das sind zweierlei Dinge. Im einen Falle wird man zwar auch «Dollarschuldner», aber die Handhabung von grossen Anleihen mit Zinsverpflichtungen macht sich anders als ein Abkommen, das an Stelle von Barzahlungen durch die Europäer Warenlieferungen auch von ihrer Seite vorsähe. Nach dem zweiten System haben die Russen ihre Satelliten an sich gebunden, und — theoretisch wenigstens — liefern sie für die Bezüge aus den Donauländern, dem Balkan und Ostdeutschland eigene Rohstoffe und bald auch Fertigwaren, sofern nämlich *die plötzlich forcierte russische Fertigwaren-Industrie* ernsthaft in Gang kommt. Zinsensummen für Kredite, welche sie den Russen durch «Vorlieferungen» berechnen könnten, gibt es für die Satelliten natürlich nicht. Und

Im «Palais des Nations» in Genf findet derzeit eine Konferenz des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO statt, an der die Vertreter von 18 Nationen teilnehmen. Die Versammlung wird präsidiert von M. E. Waerum, dem Chef der Wirtschaftsabteilung im dänischen Aussenministerium.



Trotzdem die französische Polizei schon seit dem letzten Dezember über eine Verschwörung gegen die französische Regierung informiert war, konnte sie erst jetzt zugreifen, nachdem beim Grafen de Vulpian anlässlich einer Haussuchung die belastenden Dokumente gefunden wurden. Es handelt sich um die Verschwörung einer Gruppe von Vichy-Anhängern, Kollaborationisten und Monarchisten, die bereits vollständige Pläne und eine neue Regierung bereit hatten. Einer der führenden Köpfe war Georges Loustaneau-Lacau.

dass Amerika solche «kreditieren» würde, das eben ist den Russen der Stein des Anstosses. Es wird sich nun an dem erwarteten «Molotowplan» zeigen, welche Unterschiede zwischen dem von Amerika in Gang zu setzenden Geschäft und dem von Moskau den Osteuropäern vorzuschlagenden bestehen.

Die britisch-russischen Verhandlungen

über einen Handelsvertrag gehen übrigens weiter. Dies darf man nicht vergessen, wenn man aus dem «Davonlaufen» Molotows in Paris nicht mehr machen will, als man wirklich darf. Die Russen haben das grösste Interesse, mit England in einen grosszügigen Austausch zu kommen, aus dem sehr einfachen Grunde, weil sie glauben, ein gründlich ausgebauter Rohstoffbezug der Engländer in Russland bringe London in eine folgenreichere Abhängigkeit von Moskau, als die USA-Milliarden es gegenüber Neuyork gebracht. Die Engländer aber sind umgekehrt daran interessiert, den russischen Markt zu erobern. Russland als Abnehmer, dem man nicht mit jeder Maschine auch noch die Zinsen für den Kredit bezahlen muss, den man bekommen, um ihm Rohstoffe abzukaufen, belastet die englische Wirtschaft nicht zum vornherein. Genau so wenig wie das schweizerische Geschäft sie belastet. Das ist «des Pudels Kern».

Wir sind der Ansicht, dass man *diese* Zusammenhänge besser würdigen müsste, um richtig beurteilen zu können, was in Paris geschehen. Die Russen versuchen — auf weite Sicht versuchen sie das — die Amerikaner in ganz Europa als Kreditgeber zurückzudrängen. In den Krediten sehen sie goldene Fesseln, welche ein Land nach dem andern wirtschaftlich an Wallstreet und politisch an Washington fesseln. Jede Dollarmillion, die «drüben» bleibt, schwächt diese Fesselung. Hätte die russische Wirtschaft Materialien genug, könnte sie mit Industrie- und Landwirtschaftsprodukten en gros aufwarten und überall den Austausch von Waren organisieren, sähe vielleicht das notleidende Europa, dass ein von Zinsen unbelasteter Tauschverkehr mit den Russen weit grössere Vorteile als die Amerikahilfe böte. So denkt man um Stalin. Bis jedoch Russland liefern kann, im vollen Umfange, muss die «Fesselung durch den Dollar» verzögert werden.

Russland hat sich demgemäss geweigert, die in den Donau- und Balkanstaaten, in Polen, in Russland und in Ostdeutschland liegenden und lieferbaren Rohstoffe in eine Zirkulation gelangen zu lassen, über welcher sich *ein riesiges «zinsenziehendes» Dollarguthaben der USA* ausbreiten wird. *Dies ist der letzte Sinn der Molotowschen Weigerung.* Was dabei zugrunde gehen wird und welche Beschleunigungsmöglichkeiten für den Handel verscherzt werden, kümmert Moskau wenig. Wenn nur die «Investierung» grosser Dollarvermögen verhindert wird.

Hinter diesem gigantischen «Sabotageplan» des Kreml's, der mehr Aussichten bietet, als man obenhin glauben mag, steht *das politische Konzept Stalins, steht die «materialistisch-fatalistische» Ueberzeugung, dass USA den «dritten imperialistischen Interventionskrieg» gegen Russland vorbereite* und dass es mit seinen goldenen Fesseln Europa als Vorfeld eines künftigen Angriffskrieges organisieren wolle. Hat nicht soeben, just nach dem Bruch in Paris, auch der «östliche Trabant» der USA, *Tschiang Kai Scheck, durch Truman die Erlaubnis erhalten, in den USA Kriegsmaterial in jedem beliebigen Umfange zu kaufen?* Und hat nicht der gleiche Tschiang Kai Scheck soeben auch die *Generalmobilmachung* in seinem Herrschaftsbereiche, *im ganzen Nanking-China,* angeordnet, um dem Lande den Frieden zu geben, das heisst, *die Kommunisten mit aller Macht anzugreifen* und auszurotten? Passt denn nicht das, was in Griechenland und der Türkei geschehen, und was in gewaltig vergrössertem Maßstabe nun in ganz Westeuropa geplant ist, genau zu dieser fatalen Erlaubnis für Tschiang? Amerika hat diese Erlaubnis als Antwort an Moskau gegeben! Die verhüllten Drohungen Molotows, «Europa werde ja sehen, welche Folgen die Bildung eines Westblocks haben werde», wurden mit einer Gegendrosselung beantwortet. Das wollen die Russen natürlich nicht wahr haben. Der «Mann mit der geballten Faust» ist USA, *ja* nicht Sowjetrussland!

Die «Konferenz der Zweiundzwanzig»,

welche nach Molotows Weggang fast unmittelbar *durch Bevin und Bidault für den 12. Juli nach Paris eingeladen* wurde, um ohne die Russen den Marshallplan zu besprechen, wird wohl kaum vollzählig beschickt werden. *Finnland* hat «aus geographischen und politischen Gründen» eine Teilnahme abgelehnt. Ob *Schweden* komme, wusste man anfangs dieser Woche nicht, und man rechnete nur mit der Teilnahme *Norwegens und Dänemarks. Die Schweiz,* so wurde erwartet, könne sich aus Neutralitätsgründen nicht beteiligen. Ob die *Tschechen* und *Polen* Russlands Erlaubnis bekämen, mitzumachen, wurde offen gelassen. *Auf Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien und Albanien* zählte man nicht. Von allen Oestlichen und Nördlichen, insgesamt 111, erwartete man nur zwei sicher. Dazu kommen nun die 10 Westlichen: *England, Frankreich, Italien, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Irland und Portugal,* schliesslich die *Türkei und Griechenland.* Es wird also eine Konferenz von 12, höchstens 14 Staaten sein, die unter sich ausmachen wollen, wie sie ihre Wirtschaftspläne koordinieren und einen regeren Austausch organisieren wollen, und in diesen Austausch würde sich der Hilfskredit Amerikas einschalten, wie es von Anfang an gedacht war.

Als weiteres Anzeichen dafür, dass sich die Russen nicht endgültig zurückziehen wollen, nahm man die eventuelle Erlaubnis für Polen und die Tschechoslowakei, teilzunehmen. Durften sie erscheinen, gut, dann wusste man, dass auch die Russen, wenn auch nicht offiziell, dabei wären, und dass sie versuchen würden, die Versammlung in ihrem Sinne zu dirigieren, d. h. Vereinbarungen zu sabotieren, welche Amerikas «goldene Herrschaft» allzusehr fördern würden.

Das grosse Fragezeichen dieser Rumpfkonferenz wird sein, ob die 12 Staaten, die fast durchwegs landwirtschaftliche Mangelgebiete darstellen, sich überhaupt auf ihrer schmalen und einseitigen Wirtschaftsbasis bewegen und zu einem Plane gelangen könnten, der die geringsten Verwirklichungsaussichten böte. Damit rechnet natürlich Russland. Es hat *den «grossen Trumpf», die landwirtschaftlichen Ueberschussgebiete,* in seinen grossen Händen. Werden die Engländer, auf dem Umwege über die bilateralen Handelsvertragsverhandlungen mit Moskau, sich herbeilassen und den Russen erlauben, diesen guten Trumpf auszuspielen? Wird der Westen, der den Osten angeblich gar nicht entbehren kann, weich werden? Sollte Moskau am Ende gar nichts anderes bezwecken, als den «Brotkorb höher zu hängen», damit die Getreidearmen des Westens schliesslich Molotows Bedingungen bitten anhören zu dürfen?

Die Welt hat die Eigentümlichkeit, sich neuen Verhältnissen anpassen zu können — diesen Satz sollen die Moskauer vielleicht aufmerksamer studieren. Zum «Westen» gehören die ungeheuren afrikanischen Reservoire und die sämtlichen übrigen Kolonien, deren Landwirtschaft vielleicht rascher intensiviert werden kann als die seit dem Krieg und der nun im dritten Sommer währenden osteuropäischen Dürre darniederliegende russische. Es könnte also sein, dass sich Russland schlimm täuscht. Es hat nur das «Anhängsel Osteuropas», nicht aber das Anhängsel Afrika — vom brotreichen amerikanischen Kontinent nicht zu reden — als Pfand in den Händen.

Trotzdem rechnet es damit, dass der Westen einen Bittgang antreten müsse, und darum hat sich sein Widerstand verhärtet. Molotow hat sich aus Paris entfernt wie ein Händler, der dem Rosskäufer die Zügel ins Gesicht wirft und sich nachher in einer nahen Wirtschaft ans Fenster setzt und beobachtet, ob der Käufer wohl mürbe werde. Die Engländer haben wohl ganz richtig beobachtet, wenn sie — auch durch den konservativen Aussenpolitik-Fachmann, Eden, die Türen als immer noch offenstehend bezeichnen. Und in der Tat, wer die amerikanischen «Kreditlieferanten» ausmanövrieren will, entfernt sich nicht endgültig!